

B

B – Abk. → hinter der Kursangabe für → Brief.

B2B → Business-to-Business-Markt.

B2C → Business-to-Consumer-Markt.

Bad Bank – dt. „*schlechte Bank*“, Bezeichnung für Finanzinstitute, die in → Bankenkrisen als reine Abwicklungsbanken gegründet werden, d.h. zum speziellen Zweck der Abwicklung bzw. Entsorgung nicht einlösbarer Kreditforderungen und schwieriger → Wertpapiere, die bei Ausfall in ihrer Gesamtheit die Bonität (→ Kreditwürdigkeit) der Bank gefährdet hätten. Hat die Bad Bank ihre Entsorgungsfunktion erfüllt, wird sie aufgelöst oder in eine „Good“ Bank umgewandelt.

Badwill – *negativer* → Firmenwert, der im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entsteht, wenn bei einem → Unternehmenszusammenschluss der Kaufpreis der Beteiligungen unter dem Wert des anteiligen → Eigenkapitals liegt.

BaFin – Abk. für → Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

BAföG – Abk. für → Bundesausbildungsförderungsgesetz.

Bagatelldelikt – Straftat, bei der die Schuld des Täters als gering eingestuft wird. Im Fall eines Bagatelldelikts besteht kein öffentliches Interesse an einer Strafverfolgung. Aus diesem Grund kann in diesem Fall von einer Verfolgung abgesehen werden.

Bagatellsteuern → Steuern, die nur im geringen Umfang zum → Steueraufkommen der jeweiligen → Gebietskörperschaft (Bund, Länder oder Gemeinden)

beitragen. Einige Bagatellsteuern wie die Getränke-, Tee-, Salz- und Zuckersteuer wurden in den letzten Jahren abgeschafft. Derzeit werden u.a. noch die Hunde-, Jagd-, Schankerlaubnis- und Schaumweinsteuer erhoben.

Bail-In – Begriff der Finanzwirtschaft: Bei einem Bail-In tragen der Geldgeber einer Institution deren Verluste mit, z. B. wenn ein Staat zahlungsunfähig wird und seine Gläubiger nach einem festzulegenden Schlüssel Teile ihrer Ansprüche verlieren. – *Gegensatz:* → Bail-Out.

Bail-Out – Begriff der Finanzwirtschaft: Maßnahmen zur Rettung einer Institution (z. B. eines Staates) bei drohender Zahlungsfähigkeit durch Entschuldung oder Bereitstellung neuer Kredite. – *Gegensatz:* → Bail-In.

Baisse – Bezeichnung für einen negativen Börsentrend mit nachhaltig fallenden Kursen. Anleger, die eine Baisse erwarten (sog. *Baissiers*), verkaufen ihre Wertpapiere. – *Gegensatz:* → Hausse.

Balanced Scorecard – Konzept und Instrument des → strategischen Management. Die Balanced Scorecard ist ein Verbindungsglied zwischen Strategiefindung und -umsetzung. Sie konzentriert sich dabei auf *vier Perspektiven*: (1) *Finanzielle Perspektive*: Sie soll zeigen, ob die Implementierung der Strategie zur Ergebnisverbesserung beiträgt (Kennzahlen: → Eigenkapitalrentabilität, Economic Value Added). (2) *Kundenperspektive*: Diese reflektiert die strategischen Ziele des Unternehmens in Bezug auf die Kunden- und Marktsegmente, in denen es konkurrieren

möchte. (3) *Interne Prozessperspektive*: Ihre Aufgabe ist es, diejenigen Prozesse abzubilden, die zur Erreichung der Ziele der Finanz- und Kundenperspektive bedeutsam sind. (4) *Lern- und Entwicklungsperspektive*: Sie beschreibt mit Hilfe von Kennzahlen die Infrastruktur (Mitarbeiterqualifizierung, Leistungsfähigkeit des Informationssystems, Ziele und Motivation der Mitarbeiter), die notwendig ist, um die Ziele der drei ersten Perspektiven zu erreichen. – Die Balanced Scorecard präsentiert sich somit als strukturierte, ausgewogene Sammlung von primär diagnostisch zu verstehenden Kennzahlen, durch welche die wesentlichen Sichtweisen eines Unternehmens für die strategische Planung und Steuerung des Unternehmens abgebildet werden.

Balance of Trade → Handelsbilanz.

Bank – *Bankbetrieb, Geschäftsbank, Kreditinstitut*; 1. *Begriff*: Unternehmen, das gewerbsmäßig → Bankgeschäfte betreibt, d.h. geld- und finanzwirtschaftliche Dienstleistungen anbietet. – 2. *Funktionen*: a) *Einzelwirtschaftliche Funktion*: (1) *Umtauschfunktion*: Schaffung von Möglichkeiten des Tauschs liquider Mittel unterschiedlicher Formen und/oder Qualität. (2) *Depotfunktion*: Verwahrung liquider Mittel über bestimmte Zeiträume. (3) *Transportfunktion*: Räumliche Übertragung monetärer Mittel. (4) *Finanzierungsfunktion*: Zeitweilige Überlassung von Geld oder Kreditvergabe an Dritte. b) *Volkswirtschaftliche Funktion*: Liquiditätsausgleich innerhalb des dem Wertstrom der Sachgüter und Dienstleistungen entgegengerichteten Geldstroms durch Losgrößen-, Fristen- und Risikotransformation. – 3. *Arten*: Je nach Anzahl der betriebenen Bankgeschäfte wird zwischen

→ Universalbanken und Spezialbanken unterschieden. Seit 2014 ist in Deutschland das → Trennbankensystem vorgeschrieben. Im Kreditwesengesetz (KWG) wird der Begriff → Kreditinstitut verwendet. Keine Geschäftsbank ist die → Deutsche Bundesbank.

Bankakzept → Wechsel, der im Rahmen eines → Akzeptkredits von einem (erstklassigen) Kunden auf eine Bank gezogen wurde und von dieser akzeptiert wird. Dadurch ist die Bank verpflichtet, an den Begünstigten bei Fälligkeit zu zahlen. Der Bankkunde erhält somit von der Bank einen Kredit. I.d.R. wird das Bankakzept direkt von der Bank diskontiert, d.h. unter Abzug des → Diskonts angekauft. Das Bankakzept kann aber auch bei einer fremden Bank eingereicht werden, um einen Kredit zu einem günstigeren Zinssatz zu erhalten (→ Diskontkredit). Außerdem ist es möglich, das Bankakzept an einen Gläubiger weiterzugeben.

Bankanleihe – *Bankobligation, Bankschuldverschreibung*. → Anleihe, die von einer → Bank zur Beschaffung von → Fremdkapital ausgegeben wird. Sie dient der Bank zur → Refinanzierung ihres Aktivgeschäfts. Die Laufzeit beträgt i.d.R. fünf bis 30 Jahre. Bankanleihen werden i.d.R. in *Selbstemission* begeben, entweder als Einmal- oder als Daueremission. – Vgl. auch → Pfandbrief.

Bankassurance – *Assurancebanking*, bezeichnet die Zusammenarbeit und den gemeinsamen Marktauftritt von Kreditinstituten (→ Banken) und → Versicherungsunternehmen, allg. auch → Allfinanz genannt. Ziele des Bankassurance sind, die Kundenbindung zu erhöhen, neue Kundengruppen zu erreichen, die Produktpalette zu erweitern und zu

ergänzen sowie → Synergien zu nutzen. Das Modell Bankassurance kann auf unterschiedliche Weise umgesetzt werden. Bank und Versicherungsgesellschaft können im Bereich Vertrieb zusammenarbeiten. Möglich sind aber auch Unternehmenszusammenschlüsse und Unternehmensübernahmen.

Bankauskunft – Mitteilung einer → Bank über die sog. *allg. Verhältnisse* eines Kunden, die Dritten auf Anfrage erteilt wird. Sie enthält allg. gehaltene Feststellungen und Bemerkungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kunden, seine → Kreditwürdigkeit (Bonität) und Zahlungsfähigkeit. Betragsmäßige Angaben über Kontostände, Sparguthaben etc. werden nicht gemacht. Nach den → Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) ist die Bank befugt, Auskünfte über juristische Personen (→ Kapitalgesellschaften) und im Handelsregister eingetragene → Kaufleute zu erteilen, sofern keine gegenteilige Weisung des Kunden vorliegt. Anders ist dies bei Privatkunden, Kleingewerbetreibenden, Freiberuflern und Vereinigungen. Diese müssen der Auskunftserteilung ausdrücklich zugestimmt haben. Ansonsten gilt das → Bankgeheimnis.

Bankaval → Avalkredit.

Bankbetrieb → Bank.

Bankbürgschaft → Bürgschaft, die im Auftrag eines Kunden von einer → Bank übernommen wird. Sie wird i.d.R. zeitlich befristet abgeschlossen und auf einen bestimmten Betrag beschränkt. Die Bankbürgschaft zählt zu den → Avalkrediten.

Bankenabgabe → Abgabe, die → Kreditinstituten seit 2011 nach dem Restrukturierungsgesetz auferlegt wurde, um

die Kosten ihrer Geschäftsrisiken zu decken. Die eingenommenen Mittel speisen den → Restrukturierungsfonds und stehen im Fall einer Krise bereit, wenn z. B. eine Bank im Rahmen einer geordneten Insolvenz abgewickelt werden muss. Die Bankenabgabe wird von der → Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) erhoben, ihre Höhe hängt u. a. von der Größe und dem Verflechtungsgrad einer Bank ab.

Bankenaufsicht – staatliche Aufsicht über → Kreditinstitute. a) Die *Bankenaufsicht in Deutschland* ist im Wesentlichen durch das Kreditwesengesetz (KWG) geregelt. Im Rahmen der Bankenaufsicht werden die gesetzlichen Vorschriften überwacht, die für Kreditinstitute bei der Gründung und bei ihren laufenden Geschäften gelten. Durch die Bankenaufsicht soll der Gefahr des Zusammenbruchs und der Insolvenz von Kreditinstituten begegnet werden. – Ausgeübt wird diese durch die → Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und die → Deutsche Bundesbank, die in der vereinbarten Aufgabenaufteilung zum ganz überwiegenden Teil die operative Bankenaufsicht (laufende Überwachung und Auswertung der von den Banken einzureichenden Unterlagen, Meldungen, Jahresabschlüsse und Prüfberichte, regelmäßige bankgeschäftliche Prüfungen und bei Bedarf Aufsichtsgespräche) übernimmt. Die BaFin trägt demgegenüber die Verantwortung für alle hoheitlichen Maßnahmen. b) *Europäische Bankenaufsicht*: In der EU sorgt die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) durch die Entwicklung eines einheitlichen europäischen Regelwerk für die Angleichung der Aufsichtspraktiken der nationalen

Aufsichtsbehörden. – *Reform*: Ab Herbst 2014 wird die Europäische Zentralbank (EZB) in diejenigen Ländern, die sich am neuen *einheitlichen Aufsichtsmechanismus* der sog. → *Europäischen Bankenunion* beteiligen, in enger Abstimmung mit den zuständigen nationalen Aufsichtsbehörden „bedeutende“ Kreditinstitute direkt beaufsichtigen. – *Weitere Informationen* unter www.bafin.de und www.bundesbank.de.

Bankenkonsortium – *Konsortium*; Vereinigung mehrerer Banken (*Konsorten*) in der Rechtsform einer → Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) zur Durchführung eines gemeinsamen Geschäfts (*Konsortialgeschäft*). Bankenkonsortien werden v.a. zur Durchführung eines größeren Wertpapieremissionsgeschäfts (*Emissionskonsortium*) oder von Großkrediten (*Kreditkonsortium*) errichtet, um das Risiko für die einzelne Bank zu verringern und die für den Kredit erforderlichen Mittel leichter aufzubringen.

Banken-Kontokorrent → Korrespondenzbank.

Bankenkrise – krisenhafter Zustand des Geld- und Kreditwesens eines Landes, gekennzeichnet durch Illiquidität und Vertrauensverlust in → Kreditinstitute. – 1. *Schwerste Bankenkrise* in Deutschland 1931: Sie begann mit dem Zusammenbruch der Österreichischen Credit-Anstalt. Es folgten die Danatbank und die Dresdner Bank. Außer in der allg. → Weltwirtschaftskrise hatte die deutsche Bankenkrise ihre letzte Ursache in ungünstigen außenwirtschaftlichen Beziehungen (starke kurzfristige Verschuldung der Wirtschaft gegenüber dem Ausland). – 2. *Moderne Bankenkrise*: Seit 2007 sind mehr und mehr Banken durch die

von einer *Hypothekenkrise* in den USA ausgehende weltweite *Finanzmarktkrise* (gekennzeichnet durch Bankenkongresse, Banken-Run, Liquiditäts- und Refinanzierungsprobleme, Kreditklemme) betroffen. Insbes. in Großbritannien und den USA werden Banken (teil-)verstaatlicht, mehrere der größten Investmentbanken werden mit stärkeren Commercial Banks verschmolzen. *Lehman Brothers* wird unter Konkursrecht gestellt. Die Regierungen sind angehalten, die → Einlagensicherung für Kundeneinlagen temporär zu erhöhen und die Bankenaufsicht zu verschärfen, um das Vertrauen der Bankkunden in die Zahlungsfähigkeit der Banken aufrechtzuerhalten.

Bankenstresstest → Stresstest.

Bankenunion → Europäische Bankenunion.

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) – *Bank for International Settlement (BIS)*; zwischenstaatliches Finanzinstitut in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft (AG) mit Sitz in Basel. Die BIZ wurde 1930 ursprünglich zur Abwicklung deutscher Reparationszahlungen im Rahmen des *Young-Planes* gegründet. Zu den heutigen Aufgaben gehören die Förderung der Zusammenarbeit der Zentralbanken, die Schaffung neuer Möglichkeiten für internationale Finanzgeschäfte sowie die Übernahme von → Treuhandschaften oder Bevollmächtigungen bei internationalen Finanzabkommen. Die BIZ gilt als „Zentralbank der Zentralbanken“. Sie wird von den Zentralbanken zur Zusammenarbeit und Abstimmung auf nicht offizieller Ebene genutzt. Als Teil der → Neuen Weltfinanzarchitektur wurde an der BIZ das → Forum für Finanzmarktstabilität

(FSF) eingerichtet. – *Weitere Informationen unter www.bis.org.*

Bankgarantie – Zahlungsversprechen einer → Bank in Form einer → Garantie. Durch die Bankgarantie übernimmt die Bank im Auftrag ihres Kunden die finanzielle Absicherung, dass eine bestimmte vertragliche Verpflichtung erfüllt wird oder ein bestimmter Schaden nicht eintritt. Bankgarantien werden v.a. zur Absicherung und Bezahlung von Außenhandelsgeschäften eingesetzt. Eine Bankgarantie dient dazu, die Bezahlung eines Außenhandelsgeschäfts abzusichern (sog. *Zahlungsgarantie*). Durch die Bankgarantie können aber auch andere Risiken, die sich aus einer nicht planmäßigen Abwicklung eines Geschäfts ergeben können, abgesichert werden. Die Bankgarantie zählt zu den → Avalkrediten.

Bankgeheimnis – Vertragspflicht der → Bank, über sämtliche Tatsachen und Wertungen und damit über alle einen Kunden betreffenden Angelegenheiten Stillschweigen zu bewahren. Das Bankgeheimnis ist in Deutschland – anders als z. B. in der Schweiz – nicht gesetzlich geschützt. Es handelt sich um eine nebenvertragliche Pflicht im Bank-Kunden-Verhältnis. Auch Kenntnisse, die im Rahmen der Abwicklung eines Geschäftsvorfalles über einen Nichtkunden erlangt wurden, unterliegen dem Bankgeheimnis – Das Bankgeheimnis ist aufgrund gesetzlicher Auskunftspflichten durchbrochen. Eine Auskunftspflicht besteht v.a. in Strafprozessen und bei strafrechtlichen Ermittlungsverfahren, gegenüber dem Finanzamt im Todesfall des Kunden sowie bei Steuerfahndungen, in einem Besteuerungsverfahren und bei Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gegen einen

Kunden. Außerdem muss gegenüber einer Strafverfolgungsbehörde bei Verdacht auf → Geldwäsche sowie gegenüber der → Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) bei Wertpapierkäufen und -verkäufen und gegenüber der → Deutschen Bundesbank im Zusammenhang mit den beim Außenwirtschaftsverkehr bestehenden Meldepflichten Auskunft erteilt werden. Finanz- und Leistungsbehörden (z. B. Arbeitsagentur und Sozialamt) können nach dem Strafbefreiungserklärungsgesetz (StraBEG) von 2005 Kontonummer, Name des Kontoinhabers und Angaben über Kontobevollmächtigte abfragen. – Vgl. auch → Bankauskunft.

Bankgeschäfte – Geschäfte, die von → Kreditinstituten betrieben werden. Dazu zählen die unten genannten Bankgeschäfte i.S.d. Kreditwesengesetzes (KWG), der Handel mit Devisen, Sorten und Edelmetallen sowie das Kreditkartengeschäft. – Nach § 1 KWG handelt es sich bei Bankgeschäften im Einzelnen um folgende Geschäfte: a) *Einlagengeschäft*: Annahme von fremden Geldern, b) *Kreditgeschäft*: Gewährung von Gelddarlehen und Akzeptkrediten, c) *Diskontgeschäft*: Ankauf von Wechseln und Schecks, d) *Finanzkommissionengeschäft*: Anschaffung und Veräußerung von Finanzinstrumenten im eigenen Namen und für fremde Rechnung, e) *Depotgeschäft*: Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren für andere, f) *Investmentgeschäft*: Geschäfte der Kapitalanlagegesellschaften, g) *Revolvinggeschäft*: Eingehen der Verpflichtung, Darlehensforderungen vor Fälligkeit zu erwerben, h) *Garantiegeschäft*: Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen für andere,

i) *Girogeschäft*: Durchführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und des Abrechnungsverkehrs, j) *Emissionsgeschäft*: Übernahme von Finanzinstrumenten für eigenes Risiko zur Unterbringung oder die Übernahme gleichwertiger Garantien, k) *E-Geld-Geschäft*: Ausgabe und Verwaltung von elektronischem Geld. – Weitere Informationen unter www.bafin.de.

Bankkonto – die in Kontenform geführte Rechnungslegung einer → Bank für einen Bankkunden. Es werden die Forderungen und Verbindlichkeiten aufgrund der Geschäftsverbindung mit dem Kunden erfasst. – Folgende Arten von Bankkonten werden unterschieden: a) *Konten für den Zahlungsverkehr*: Kontokorrentkonto (→ Kontokorrent) und → Girokonto, b) *Konten für das Kreditgeschäft*: Darlehenskonto und Kontokorrentkonto, c) *Konten für die Geldanlage*: → Sparkonto, Termingeldkonto und Geldmarktkonto, d) *Konto für die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren*: Depotkonto. – Zur Einrichtung oder Eröffnung eines Bankkontos müssen die → Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) und die → SCHUFA-Klausel anerkannt werden. Außerdem muss durch den Kunden eine Unterschriftenprobe abgegeben werden. Der Kunde muss Vor- und Zuname sowie den Wohnsitz angeben. Seitens der Bank erfolgt eine Prüfung der Berechtigung des Kontoinhabers.

Bankkredit → Kredit, der von einer → Bank eingeräumt wird. Grundlage ist ein Kreditvertrag. Nach der Laufzeit wird zwischen kurz-, mittel- und langfristigem Bankkredit, nach der Art der Mittelbereitstellung zwischen Buchkredit, → Diskontkredit und → Akzeptkredit unterschieden.

Bankkundenkarte → Debitkarte.

Bankleitzahl – Kennziffer, die zur Identifizierung inländischer Banken als Zahlungsdienstleister zwischen der → Deutschen Bundesbank und dem inländischen Kreditgewerbe vereinbart wurde und 8 Ziffern umfasst. Sie ist zugleich die Kontonummer der betreffenden Bank bei der Bundesbank. Für die Zuteilung, Änderung und Löschung der Bankleitzahl ist die Bundesbank zuständig. Die seit 1970 in Deutschland eingeführte Bankleitzahl ist mit der Einführung des → Einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (SEPA) am 1.1.2014 (ab der 5. Stelle) in die 22-stellige internationale Bankkontonummer → IBAN integriert.

Banknote – *Geldschein*. Papiergeld, das von einer dazu berechtigten Bank (→ *Notenbank*) ausgegeben wird. Für Banknoten als gesetzliches → Zahlungsmittel besteht eine unbeschränkte Annahmepflicht, z. B. für den Euro innerhalb des → Eurowährungsgebietes. – Die *Ausgabe von Banknoten* erfolgt im Euroraum durch das → Eurosystem, in Deutschland durch die → Deutsche Bundesbank. – Vgl. → Euro, → Notenmonopol, → Notenstückelung, → Notenumlauf.

Banknotenmonopol → Notenmonopol.

Banknotenumlauf → Notenumlauf.

Bankobligation → Bankanleihe.

Bankrott – Zahlungsunfähigkeit (→ Insolvenzgrund) eines Schuldners. Aufgrund eines Bankrotts wird das → Insolvenzverfahren eröffnet.

Bankschuldverschreibung → Bankanleihe.

Banküberweisung – Auftrag des Inhabers eines → Bankkontos an seine

→ Bank, einen bestimmten Betrag dem Begünstigten auf dessen Konto zur Verfügung zu stellen. Das Konto des Kontoinhabers wird mit dem Betrag belastet. – Für Banküberweisungen gelten aufgrund der EU-Zahlungsdienstrichtlinie nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) folgende *Ausführungsfristen*: (1) 1 Tag für Überweisungen in Euro innerhalb des → Europäischen Wirtschaftsraums (EWR), (2) 2 Tage für Überweisungen mit Überweisungsvordruck, (3) 4 Tage für Überweisungen innerhalb des EWR, die nicht in Euro erfolgen, (4) unbeschränkt für Überweisungen außerhalb des EWR. Für die Fristberechnung maßgeblich sind die sog. *Geschäftstage*. Samstage, Sonn- und Feiertage sowie Nichtöffnungstage sind keine Geschäftstage. – Die Verrechnung von Banküberweisungen erfolgt über die → Gironetze der Kreditinstitute.

Bannbruch → Steuerstraftat, die begeht, wer Gegenstände entgegen einem Verbot, ein-, aus- oder durchführt, ohne sie der zuständigen Zollbehörde ordnungsgemäß anzuzeigen. Der Täter wird wegen → *Steuerhinterziehung* bestraft, wenn die Tat nicht in anderen Vorschriften als Zuwiderhandlung gegen ein Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbot mit *Strafe* oder *Geldbuße* bedroht ist.

Bannerwerbung → Werbung mit einer Werbefläche (sog. *Banner*) auf einer Internetseite (→ Internet). Die meisten Banner sind animiert und mit einem Link auf die Internetseite des Werbetreibenden versehen.

Bargeld – gesetzliches → Zahlungsmittel in Form von → Banknoten und → Münzen. – Vgl. auch → Geld.

bargeldloser Zahlungsverkehr – Abwicklung von → Zahlungen ohne Verwendung von → Bargeld, d.h. von Konto zu Konto. Ein bargeldloser Zahlungsverkehr kann v.a. durch Verrechnungsscheck, Lastschrift, Dauerauftrag, Banküberweisung, → Debitkarte oder → Zahlungskarte vorgenommen werden. Der bargeldlose Zahlungsverkehr zwischen den Kreditinstituten wird heute überwiegend ohne Belege abgewickelt. Auch die Bankkunden reichen ihre Zahlungsaufträge zunehmend beleglos ein, z. B. über → Homebanking.

Bargeldumlauf – Umlauf von Banknoten (→ Notenumlauf) und Münzen (→ Münzumlauf) in einem Land bzw. Währungsraum.

Bargründung – Form der Gründung einer → Aktiengesellschaft (AG), bei der das → Eigenkapital durch Geldeinlagen der Gründer aufgebracht wird. – *Gegensatz*: → Sachgründung.

Barlohnnumwandlung → Entgeltumwandlung.

Barreserve – 1. *Allgemein*: Bestand an → Bargeld und das jederzeit in bar verfügbare Guthaben auf → Bankkonten. – 2. *Geldpolitik*: Bestände der Banken an Bargeld (Kassenbestände) und Guthaben bei der Zentralbank. – Vgl. auch → Liquidität, → Mindestreserve.

Barscheck → Scheck.

Bartergeschäft → Kompensationsgeschäft.

Barwert – *Gegenwartswert*. Begriff aus der Finanzmathematik für den heutigen Wert einer zukünftigen Zahlung. – 1. *Tilgungsrechnung*: Barwert ist der aktuelle Wert einer in der Zukunft fälligen Zahlung, der sich durch Abzinsung ergibt

(→ Diskontierung). – 2. *Investitionsrechnung*: Barwert ist der Wert einer Zahlungsreihe im Bezugszeitpunkt, der sich durch Abzinsung ergibt.

Barzahlung – Zahlungsform, bei der der Schuldner dem Gläubiger → Bargeld übergibt. Dadurch ist die Verpflichtung gegenüber dem Gläubiger erfüllt. – Zur Barzahlung zählen die direkte Übergabe von Bargeld, der Bargeldversand mittels Wertbrief, die Postanweisung und Wechsel, die bar eingelöst werden. – Häufig ist in Zahlungsbedingungen für Barzahlung ein → Skonto vorgesehen.

Barzahlungsrabatt → Rabatt.

Basel II – Gesamtheit der Vorschriften des *Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht* der → Bank für Internationalen Zahlungsausgleichs (BIZ) über die Ausstattung der → Kreditinstitute mit → Eigenkapital. Mit diesen Vorschriften sollen Risiken bei Kreditinstituten begrenzt und die Stabilität des Finanzsektors gestärkt werden.

Basel III – eine auf → Basel II aufbauende Reform der Bankenregulierung des Baseler Ausschusses für Banken und am 16.12.2010 in einer finalisierten Version veröffentlichtes Regelwerk. Basel III soll die Stabilität des Bankensektors stärken.

Basistarif → Allgemeine Krankenversicherungspflicht.

Basiswert – *Bezugswert, Underlying*. Kontraktgegenstand, der einem → Termingeschäft oder → Derivat zugrunde liegt. Basiswerte können *Waren* (z.B. Edelmetalle, Rohstoffe) oder *Finanzinstrumente* (z.B. Aktien, Devisen und Aktienindizes) sein. Ein Basiswert kann auch ein künstlich geschaffenes Wertpapier wie z.B. → Bund-Future sein.

Basiszinssatz – Zinssatz, auf dessen Grundlage v.a. → Verzugszinsen berechnet werden. Nach dem → Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) wird der Basiszinssatz zum 1. Januar und zum 1. Juli an die Entwicklung des Zinssatzes für Hauptrefinanzierungsgeschäfte der Europäischen Zentralbank (→ Offenmarktgeschäfte) angepasst. Der Basiszinssatz fällt oder steigt jeweils um die Prozentpunkte wie der Zinssatz der Hauptrefinanzierungsgeschäfte. Er wird von der → Deutschen Bundesbank im → Bundesanzeiger veröffentlicht. – *Weitere Informationen unter www.bundesbank.de.*

Bauabzugsteuer – Steuer, die gemäß §§ 48 ff. EStG von Unternehmern, die im Inland eine Bauleistung in Auftrag geben, an das Finanzamt gezahlt werden muss. Die Bauabzugsteuer wurde 2001 mit dem Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe zur Sicherung von Steueransprüchen bei Bauleistungen eingeführt. Von der Rechnung des Bauunternehmers müssen 15 % direkt an das Finanzamt abgeführt werden. Dies ist nicht erforderlich, wenn der leistende Bauunternehmer eine sog. *Freistellungsbescheinigung* vorlegt oder es sich um einen Auftrag unter 5.000 Euro (Bagatellgrenze) handelt.

Bauerlaubnis → Baugenehmigung.

Baufinanzierung – Finanzierung (einschließlich Vor- und Zwischenfinanzierung) eines Bauvorhabens oder eines Immobilienerwerbs. Zu unterscheiden sind folgende Finanzierungsformen: (1) *Eigenfinanzierung*: eigenes Geld- oder Sachkapital (z.B. eigenes Grundstück) oder Eigenleistung (persönlich oder gemeinschaftlich erbrachte Bauleistungen), (2) *Fremdfinanzierung*: Hypothekendarlehen,

Bauspardarlehen, Arbeitgeberdarlehen und öffentliche Baudarlehen. Bei der Baufinanzierung handelt es sich i.d.R. um eine gemischte Finanzierung durch eigene und fremde Mittel.

Baugenehmigung – *Bauerlaubnis*. Genehmigung zur Errichtung, zum Umbau oder Abriss eines Gebäudes. Die Baugenehmigung ist von der zuständigen Baubehörde zu erteilen, wenn das Vorhaben den öffentlich-rechtlichen Vorschriften entspricht. Sie kann unter Auflagen und Bedingungen erteilt werden. Für die Baugenehmigung muss ein Antrag mit den erforderlichen Bauunterlagen wie z.B. Baupläne eingereicht werden.

Baukindergeld → Kinderzulage.

Bausparen – steuerbegünstigtes Gemeinschaftssparen bei einer → Bausparkasse mit anschließender Gewährung eines zinsgünstigen Darlehens für Zwecke des Baus, Erwerbs oder der Renovierung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen sowie zur Ablösung der hierzu eingegangenen Verpflichtungen. Grundlage des Bausparens ist ein Bausparvertrag. – Nach Abschluss des Vertrages leistet der Sparer regelmäßige Einzahlungen an die Bausparkasse. Die Sparbeiträge fließen in eine gemeinsame Zuteilungsmasse. Sie werden nach Erreichen eines Mindestguthabens (i.d.R. 40 % der Bausparsumme) und einer Wartezeit nach einem bestimmten Verteilungsschlüssel (*Bewertungszahl*) zugeteilt. Die ausgezahlte Bausparsumme setzt sich aus dem angesammelten Sparguthaben einschließlich Zinsen und Prämien sowie einem Darlehen (i.d.R. 60 % der Bausparsumme) zusammen. – Durch die Steuer- und Prämiengesetzgebung (→ Wohnungsbauprämie) wird das Bausparen staatlich gefördert.

Bausparkasse – Spezialkreditinstitut, das das → Bausparen mit dem Ziel der Finanzierung eines Bauvorhabens oder eines Immobilienerwerbs betreibt. Die Tätigkeit der Bausparkasse unterliegt der Aufsicht der → Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

BDA – Abk. für → Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V.

BDI – Abk. für → Bundesverband der Deutschen Industrie.

Beamte – Bedienstete des → Bundes, der → Länder, der → Gemeinden oder anderer öffentlich-rechtlicher → Körperschaften. Beamte stehen in einem gesetzlich bes. geregelten Dienst- und Treueverhältnis gegenüber dem Staat. Das Beamtenverhältnis wird durch den hoheitlichen Formalakt der Ernennung begründet und gilt grundsätzlich auf Lebenszeit (ausgenommen *Beamte auf Zeit*, *Beamte auf Probe* und *Beamte auf Widerruf*). Beamte haben einen Anspruch auf → Besoldung, im Ruhestand auf Versorgung (→ Pension).

Bedarf – wirtschaftlicher Begriff für ein konkretisiertes → Bedürfnis und eine am Markt tatsächlich auftretende → Nachfrage.

Bedarfsermittlung – *Bedarfsmengenplanung, Beschaffungsdisposition, Materialbedarfsermittlung*. Verfahren zur Ermittlung der zukünftig auftretenden Materialbedarfe nach Zeit und Menge. Zu unterscheiden sind die *programmorientierte (deterministische) Bedarfsermittlung* anhand des Absatz- und Produktionsprogramms und die *verbrauchsorientierte (stochastische) Bedarfsermittlung*, die aufgrund des Vergangenheitsverbrauchs geschätzt wird.

Bedarfsgemeinschaft → Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Bedarfsmengenplanung → Bedarfsermittlung.

Bedarfwert – Begriff des Bewertungsgesetzes (BewG): Wert, der im Gegensatz zum → Einheitswert nicht turnusgemäß für alle Grundstücke erstellt wird, sondern nur *bei Bedarf* für das jeweilige Grundstück. Der Bedarfwert ist relevant für die Bewertung von Grundbesitz für Zwecke der → Erbschaftsteuer und → Grunderwerbsteuer.

bedingte Kapitalerhöhung – Form der → Kapitalerhöhung bei einer → Aktiengesellschaft (AG). Das → Grundkapital wird nur in dem Umfang erhöht, in dem von einem Umtausch- oder Bezugsrecht auf → junge Aktien (Bezugsaktien) Gebrauch gemacht wird. Der Nennbetrag des bedingten Kapitals darf die Höhe des Grundkapitals nicht überschreiten. – Die bedingte Kapitalerhöhung ist zur Gewährung von Umtausch- oder Bezugsrechten an Gläubiger von → Wandelanleihen oder → Optionsanleihen, zur Vorbereitung eines Unternehmenszusammenschlusses oder bei Ausgabe von → Belegschaftsaktien zulässig.

bedingter Vorsatz → Vorsatz.

Bedürfnis – Wunsch, der aus dem Empfinden eines Mangels herrührt. Nur ein Teil der Bedürfnisse kann vom Menschen befriedigt und in → Bedarf umgewandelt werden. Aufgabe der Volkswirtschaft ist es, die Güter, die zur Bedürfnisbefriedigung oder zur Deckung des Bedarfs erforderlich sind, bereitzustellen. – Von Maslow (US-amerikanischer Psychologe, 1908–1970) wurde eine hierarchische Ordnung der Bedürfnisse in Form einer

Pyramide entwickelt. – Vgl. Abb. „Bedürfnishierarchie“.



Befrachter → Verfrachter, → Versender.

befristete Einlagen → Termineinlagen.

befristeter Arbeitsvertrag → Arbeitsvertrag, der auf eine bestimmte Zeit abgeschlossen ist. Die Befristung muss immer schriftlich erfolgen, um wirksam zu sein. Im Fall des befristeten Arbeitsvertrags ist für die Beendigung des Arbeitsverhältnisses eine → Kündigung nicht erforderlich. Andererseits ist die ordentliche Kündigung ausgeschlossen, wenn der Arbeitsvertrag dies nicht ausdrücklich anders regelt. – Nach dem *Teilzeit- und Befristungsgesetz* (TzBfG) ist eine Befristung des Arbeitsvertrages immer zulässig, wenn sie durch einen sachlichen Grund (z. B. Aushilfe, Mutterschaftsvertretung und Erziehungsurlaub) gerechtfertigt ist. Außerdem ist auch ohne sachlichen Grund eine Befristung bis zur Dauer von zwei Jahren erlaubt. Innerhalb dieses Zeitraums kann der befristete Arbeitsvertrag drei Mal verlängert werden. Weitere sofort oder später anschließende Befristungen sind gesetzlich nur möglich, wenn ein Sachgrund vorliegt. Andernfalls befindet sich der Arbeitnehmer in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis.

Befundrechnung → Materialverbrauch.

Kompakt-Lexikon Wirtschaft

5.400 Begriffe nachschlagen, verstehen, anwenden

Springer Fachmedien Wiesbaden (Hrsg.)

2014, XVII, 634 S. 37 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-05790-9